



Faktenblatt

Volksinitiative «200 Franken sind genug! (SRG-Initiative)»

Worum geht es bei der Initiative?

Die eidgenössische Volksinitiative «200 Franken sind genug! (SRG-Initiative)» will die Radio- und Fernsehgebühren für Haushalte von 335 auf 200 Franken senken und Unternehmen von den Gebühren befreien. Die mit geringeren finanziellen Mitteln ausgestattete SRG soll in allen Sprachregionen nur Radio- und Fernsehprogramme anbieten, die eine «unverzichtbaren Service für die Allgemeinheit» erbringen. Für die übrigen Anspruchsberechtigten (z. B. konzessionierte Lokalradios und Regionalfernsehen) sieht die Initiative hingegen keine Änderungen vor.

Was die Gegner sagen

Grosse finanzielle und strukturelle Folgen

Die Initiative würde die Gebühren für die SRG um die Hälfte auf rund 630 Millionen Franken kürzen, was zum Verlust von Tausenden von Arbeitsplätzen führen würde, nicht nur bei der SRG, sondern auch in den Bereichen Kultur und Sport. Die 17 Regionalstudios würden geschlossen, lokale Produktionen sowie Schweizer Kultur- und Sportsendungen würden verschwinden und die dezentrale Infrastruktur, die die Stärke des Service public ausmacht, wäre gefährdet.

Geschwächtes Medienangebot und gefährdeter nationaler Zusammenhalt

Der Service public würde sein Angebot erheblich reduzieren müssen und könnte durch standardisierte oder gar ausländische Inhalte ersetzt werden. Die Qualität der öffentlichen Debatte würde darunter leiden – gerade in einer Zeit, in der ein zugänglicher, unabhängiger, pluralistischer und in allen Landessprachen verfügbarer Informationsfluss entscheidend ist, um eine lebendige Demokratie zu gewährleisten, insbesondere angesichts der zunehmenden Verbreitung von Falschinformationen. Zudem würde die Schliessung zahlreicher Regionalstudios die wichtige Rolle der SRG für den nationalen Zusammenhalt schwächen. Ihre Präsenz in allen Regionen und Sprachen trägt wesentlich zum Zusammenhalt des Landes bei. Eine Einschränkung ihres Handlungsspielraums würde die ausgewogene Berichterstattung im ganzen Land gefährden und die Medienvielfalt schwächen.

Der Gegenvorschlag des Bundesrates auf Verordnungsebene geht bereits weit genug.

Die vom Bundesrat vorgenommene Teilrevision der Radio- und Fernsehverordnung (RTVV) geht bereits auf die Bedenken der Initianten ein. Sowohl die Kosten der Haushaltsgebühren als auch die Befreiung der Unternehmen von den Gebühren werden darin nämlich angegangen. Die Kosten für die Haushaltsgebühr werden schrittweise von 335 auf 300 Franken gesenkt. Zudem werden Unternehmen mit einem Jahresumsatz von bis zu 1,2 Millionen Franken künftig von der Gebührenpflicht befreit. Vor diesem Hintergrund hat die SRG bereits umfassende Sparpläne eingeleitet.

Was die Befürworter der Vorlage sagen

Die finanzielle Belastung der Haushalte soll verringert und eine ungerechte «Steuer» abgeschafft werden.

Die Initiative «200 Franken sind genug!» schlägt vor, die Radio- und Fernsehgebühr von derzeit 335 Franken auf 200 Franken pro Haushalt zu begrenzen und Unternehmen vollständig davon zu befreien. Sie zielt darauf ab, eine Form der Doppelbesteuerung, die sowohl Haushalte als auch Arbeitgeber betrifft, zu beseitigen und die Finanzierung des Service public gerechter zu gestalten. Die



Massnahme wird als Antwort auf die Gebühren präsentiert, die als unverhältnismässig hoch im Vergleich zur tatsächlichen Nutzung der SRG-Dienste angesehen werden.

Weniger Staat, mehr Markt

Die Initiative plädiert für einen Rückgang der staatlichen Eingriffe in die Medien und mehr wirtschaftliche Freiheit für private Akteure. Die Initianten werfen der SRG vor, die Medienlandschaft zu dominieren und den Wettbewerb zu verzerren, indem sie ihre Tätigkeit auf das Internet und digitale Plattformen ausdehnt, was zu Lasten der unabhängigen Medien geht. Die Senkung der Gebühren würde es ihrer Meinung nach ermöglichen, die SRG auf ihren wesentlichen öffentlich-rechtlichen Auftrag, hauptsächlich die Information, zu beschränken und es dem Markt zu überlassen, den Rest abzudecken.

KMU und alleinstehende oder junge Einzelpersonen unterstützen.

Die Initianten wollen die Gebühren für Unternehmen abschaffen und die Belastung für junge und alleinstehende Personen verringern. Sie sind der Meinung, dass diese Gruppen für Dienstleistungen bezahlen, die sie kaum konsumieren, da junge Menschen digitale und internationale Angebote bevorzugen. Die Initiative zielt somit darauf ab, eine ungerechte Umverteilung von jungen zu älteren Menschen zu korrigieren und den finanziellen Druck auf Haushalte mit geringem Einkommen zu verringern.

Erhalt der Medienvielfalt und der privaten Akteure

Die Initiative will den bisherigen Anteil der privaten Radio- und Fernsehsender am Gebührenaufkommen beibehalten, um ihren Beitrag zur regionalen und lokalen Information zu gewährleisten. Die Reduzierung der Finanzierung der SRG wird als Mittel zur Unterstützung unabhängiger Akteure und zur Förderung einer pluralistischeren Medienlandschaft dargestellt, in der sich private Medien ohne unlauteren Wettbewerb entwickeln können.

Die politische Macht der SRG einschränken und die Transparenz stärken.

Die Initiative tritt für eine Reduzierung des institutionellen und politischen Gewichts der SRG ein, die in Bezug auf Finanzen, Personal und Einfluss als überdimensioniert gilt. Durch die Reduktion ihrer Ressourcen will sie ein Gleichgewicht zwischen Service public und Medienfreiheit wiederherstellen, die Transparenz der Finanzierung stärken und die SRG wieder auf ihre Hauptaufgabe konzentrieren: eine ausgewogene und für alle zugängliche Information anzubieten.

Parlamentarische Debatte und Abstimmung der Mitte-Fraktion

Der Bundesrat beantragt den eidgenössischen Räten, Volk und Ständen die Ablehnung der eidgenössischen Volksinitiative «200 Franken sind genug! (SRG-Initiative)» zu empfehlen.

Der Bundesrat sah jedoch sowohl auf finanzieller als auch auf journalistischer Ebene Handlungsbedarf. Anstelle eines direkten oder indirekten Gegenvorschlags entschied er sich für einen Gegenvorschlag auf Verordnungsebene. Im Rahmen einer Teilrevision der Radio- und Fernsehverordnung (RTVV) sah er vor, die Gebühren für Haushalte schrittweise von 335 auf 300 Franken zu senken. Zudem sollen Unternehmen mit einem Umsatz von bis zu 1,2 Millionen Franken künftig von der Gebührenpflicht befreit werden. Die SRG wird auf diese Weise klar aufgefordert, einen Sparauftrag zu erfüllen.

Beide Kammern schlossen sich dem Vorschlag des Bundesrates an.



In der Schlussabstimmung nahm der Nationalrat den Vorschlag des Bundesrates (Ablehnung der Initiative) mit 115 zu 76 Stimmen bei 5 Enthaltungen an. Die Mitte-Fraktion befand sich mit 27 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen weitgehend in der Mehrheit. Auch der Ständerat folgte dem Bundesrat und lehnte die Initiative mit 37 zu 7 Stimmen bei einer Enthaltung ab. Die Mitte positionierte sich mit 14 zu 1 Stimmen für die Ablehnung der Initiative.

Parolenfassung

Das Parteipräsidium der Mitte Schweiz fasste am 23. Oktober 2025 die Nein-Parole. Ebenfalls die Nationale Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der Kantonalparteien und Vereinigungen (NKPP) der Mitte Schweiz fasste am 14. November 2025 die Nein-Parole. Und die Delegierten der Mitte Schweiz sagten am 15. November 2025 Nein zur Initiative.